

Volle Kraft voraus!



*Für die ökologische
Energiewende
von unten.*



Liebe Freundinnen und Freunde der Energiewende,

der BUND kämpft seit Jahren für den sofortigen Atomausstieg und gegen klimaschädliche Kohlekraftwerke. Deshalb engagieren wir uns auch für die Energiewende. Dies bedeutet für uns nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern vorrangig die Senkung des Energieverbrauchs. Bei den erneuerbaren Energien kann es keinen Ausbau um jeden Preis geben, er muss gut geplant und ökologisch verträglich gestaltet werden. Die Energiewende bietet nicht nur die Chance, unsere Energieversorgung risikoärmer zu machen, sie kann auch demokratisch und bürgernah umgesetzt werden. Denn treibende Kräfte dabei sind Bürgergenossenschaften, Beteiligte an Bürgerwindparks und viele andere Privatmenschen. Dies ist auch der Grund, warum die Energiewende so viel Gegenwind erfährt. Die „alte“ Energiewirtschaft sieht ihr Geschäftsmodell schwinden – und

dies mit hoher Geschwindigkeit. Die Stromkonzerne wollen jedoch so lange wie möglich an ihren Großkraftwerken und den zentralen Strukturen festhalten. Gleichzeitig gibt es bei energieintensiven Wirtschaftszweigen ein großes Interesse, möglichst wenig zur Energiewende beitragen zu müssen.

Dem setzen wir als BUND ganz bewusst eine „Energiewende von unten“ entgegen. Machen Sie mit!

Herzliche Grüße,

Ihr Hubert Weiger





Energiewende beschleunigen anstatt bremsen

Die Mehrheit der Bevölkerung will, dass gefährliche Atomkraftwerke schnell vom Netz genommen und klimaschädliche Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Deshalb muss die Energiewende ein Erfolg werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist mit Abstand die erfolgreichste Klimaschutzmaßnahme in Deutschland – und damit Motor für die Energiewende.

Im Jahr 2013 erreichten die erneuerbaren Energien bereits einen Anteil von 25 Prozent an unserer Stromversorgung. Alle Vorschläge, das EEG zu deckeln, abzuschaffen oder auf ein völlig anderes Fördersystem umzustellen (Ausschreibungen), sind Gift für die Energiewende.

Es ist sinnvoll, das EEG zu optimieren, vor allem aber ist es wichtig, die Kosten für die Energiewende gerechter zu verteilen und die Ausnahmen für die Industrie auf ein sachlich begründbares Maß zu reduzieren. **Wer jetzt an den Grundprinzipien des EEG rüttelt, der bremst die Energiewende – und damit auch die „Energiewende von unten“, die von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorangebracht wird.**

Wir fordern

1. Die Energiewende zu beschleunigen, anstatt sie auszubremsen. Erforderlich sind verbindliche Regelungen fürs Stromsparen und für mehr Energieeffizienz.
2. EEG optimieren – nicht abschaffen.
3. Die Kosten der Energiewende fair verteilen!

Atomausstieg beschleunigen



Auch nach dem Abschalten von acht Atomkraftwerken blieb die Stromversorgung sicher. Unter dem Strich ist Deutschland weiter Nettostromexporteur mit steigender Tendenz. Die Preise an der Strombörse sinken kontinuierlich, und es gibt auch keine Signale, dass sich daran in nächster Zeit Wesentliches ändert. Wenn die erneuerbaren Energien nicht ausgebremst werden, sondern der Ausbau in der Geschwindigkeit der letzten Jahre weitergehen kann, dann können die in den nächsten Jahren stillzulegenden AKW locker mit Sonne und Windstrom ersetzt werden.

Ein deutlich schnellerer Atomausstieg ist möglich und nötig. Die **Sicherheitsprobleme der noch laufenden Reaktoren werden bisher von der Bundesregierung nicht ausreichend ernst ge-**

nommen. Wenn sich in Deutschland ein schwerer Unfall ereignen würde, sind nach einer Untersuchung des Umweltbundesamtes auch die Notfallpläne völlig unzureichend. Deshalb ist für den BUND nur der sofortige Atomausstieg der einzig richtige Umgang mit dieser Hochrisikotechnologie.

Kohlekraftwerke gefährden den Klimaschutz

Deutschland hat beim Klimaschutz Ziele und will den Ausstoß seiner Treibhausgase stetig senken. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Emissionen steigen wieder. 2012 und 2013 lagen sie mindestens 50 bzw. 85 Millionen Tonnen über dem Niveau, das die nationalen Klimaziele vorgeben. Ohne Trendumkehr wird Deutschland sein Klimaziel für 2020 (40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990) verfehlen. Schuld daran ist vor allem die zunehmende Kohleverstromung. Hauptursache ist das Versagen des Emissionshandels. Dieser kämpft mit einem massiven Überschuss von Verschmutzungszertifikaten, so dass der Preis für CO₂ auf ein Rekordtief gesunken ist. Entsprechend erzeugen die hiesigen Kohlemeiler so viel Strom wie lange nicht mehr. Die neue Bundesregierung zeigt wenig Ehrgeiz, das Klima besser zu schützen. An der Kohlekraft will sie noch lange festhalten. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten muss jedoch rasch repariert werden. Entscheidend sind ferner anspruchsvolle EU-Klimaziele bis

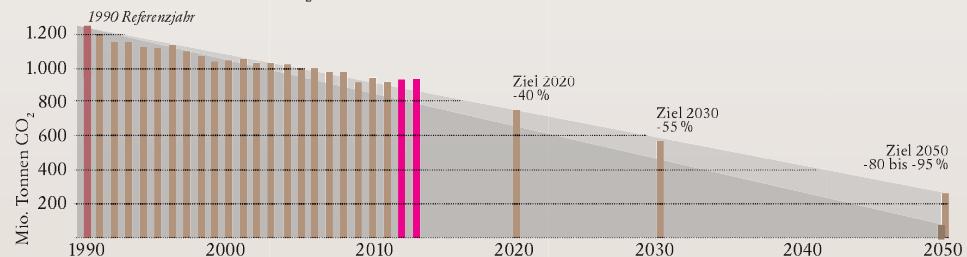
2030, denn diese bestimmen den Ehrgeiz beim Klimaschutz auch in Deutschland. Ergänzend sind Effizienzstandards für die hiesigen Kraftwerke gefragt, damit die Verstromung von Kohle rechtzeitig klimaverträglich ausläuft.

CO₂-Ausstoß steigt wieder



Deutschlands CO₂-Ausstoß sinkt nicht mehr wie nötig, um unsere Klimaziele zu erreichen. 2013 wurden mindestens 85 Mio. t CO₂ zu viel emittiert. Dies entspricht in etwa dem Ausstoß der 26 ältesten Braunkohle-Kraftwerksblöcke* hierzulande. (* älter als 20 Jahre, ab 300 Megawatt)

Entwicklung des deutschen CO₂-Ausstoßes



Quelle: UBA/AG Energiebilanzen und Öko-Institut



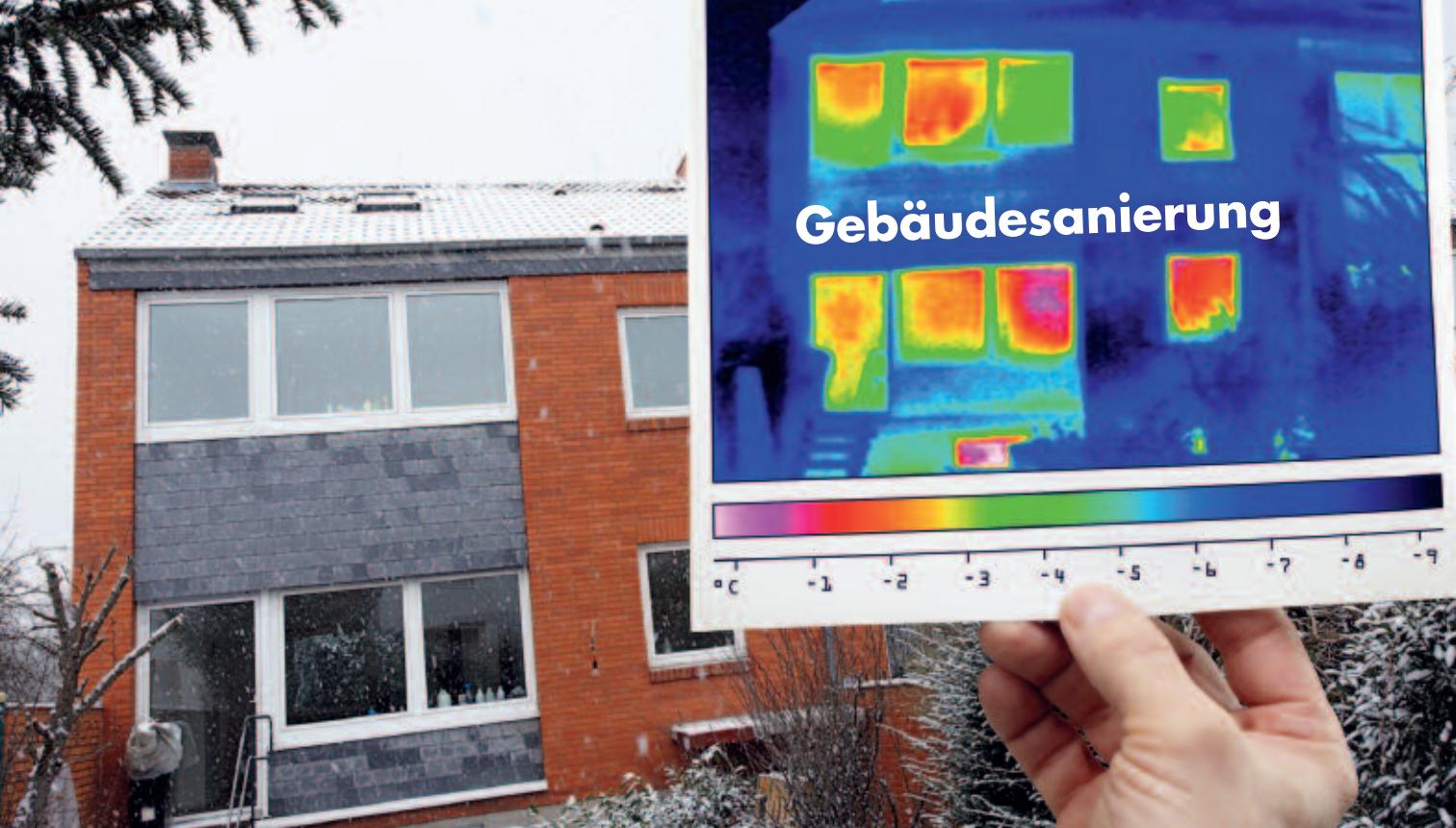
Stromverbrauch senken

Für eine sozial- und naturverträgliche Energiewende muss die Stromverschwendung endlich ein Ende finden. Wissenschaftler sind sich einig: Die technischen Voraussetzungen für die erforderlichen Einsparungen sind gegeben. Und der Großteil der anfallenden Investitionen würde sich sogar innerhalb weniger Jahre über die gesparten Energiekosten refinanzieren. Was bislang fehlt, ist der politische Wille, die Vielzahl von Hemmnissen abzubauen, die Haushalte, Kommunen und Unternehmen davon abhalten, mit dem Stromsparen ernst zu machen.

Im Sommer 2011 hatte die Bundesregierung bekräftigt: Bis 2020 sollen zehn Prozent weniger Strom verbraucht werden als 2008. Zu entsprechenden Maßnahmen konnte sich die Bundesregierung

bislang jedoch nicht durchringen. Im aktuellen Koalitionsvertrag sucht man sogar vergeblich nach einem erneuten Bekenntnis zum Stromsparziel.

Wir fordern von der Bundesregierung eine umfassende Energieeffizienz-Strategie mit verbindlichen Einsparzielen in die Wege zu leiten. Dabei muss eine stetige, ausreichende und möglichst haushaltsunabhängige Finanzierung sichergestellt werden. Langfristiges Ziel: die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050 – mindestens.



Ein besonders großes Potenzial, um Energie zu sparen, liegt im Gebäudebereich. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass der Gebäudebestand bis 2050 klimaneutral ist. Bisher liegt dieses Ziel jedoch in weiter Ferne. Es gibt keinen Fahrplan, wie die Sanierungsrate ausreichend gesteigert werden kann. Planer und Investoren werden durch ein Auf und Ab der Förderprogramme verunsichert. Eine möglichst einkommensunabhängig gestaltete steuerliche Förderung der Gebäudesanierung wäre eine wichtige Ergänzung der direkten Förderung. Sie wurde jedoch 2011 vom Bundesrat gestoppt. Seitdem herrscht Stillstand, im Koalitionsvertrag wird sie nicht erwähnt.

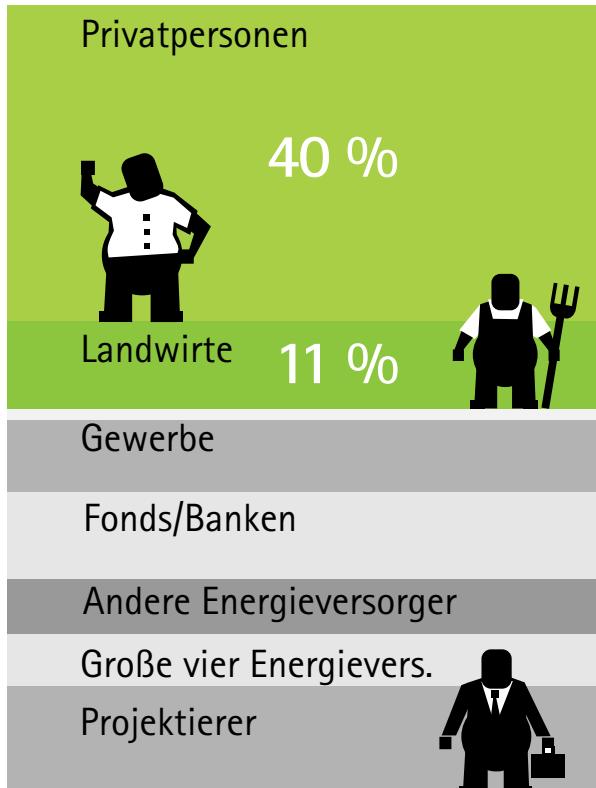
Der BUND fordert:

Für die Gebäudesanierung muss ein langfristiger und verbindlicher Fahrplan erstellt werden. Das Sanierungsprogramm muss sofort auf mindestens fünf Milliarden Euro aufgestockt werden. Ab 2015 müssen alle Neubauten Passivhäuser oder Plusenergiehäuser sein. Der ordnungsrechtliche Rahmen muss weiterentwickelt, einzelne Instrumente inhaltlich besser aufeinander abgestimmt werden. Die Kosten für die energetische Sanierung von Gebäuden müssen gerecht zwischen Eigentümern, Mietern und Staat aufgeteilt werden.

Bürger machen die Energiewende

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zum Großteil nicht über etablierte Energieversorgungsunternehmen, sondern durch Privatleute, neue Firmen, Bürgergenossenschaften und die Beteiligten an Bürgerwindparks. Überall dort, wo Bürger/innen beim Ausbau der Erneuerbaren mitentscheiden – und auch mitverdienen, gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Ausbau.

Wem gehören die Erneuerbaren



Daten von 2010

Fast 50 Prozent der Erneuerbaren-Energien-Kraftwerke befinden sich in Bürger-Hand (individuell oder genossenschaftlich organisiert). Dieser Trend setzt sich fort. Auch größere Projekte lassen sich als Bürgerwindparks oder über Bürgergenossenschaften organisieren.

Von einer „Energiewende von unten“ profitieren wir alle, vom Weiterbetrieb der Atom- und Kohlekraftwerke profitieren vor allem die Energiekonzerne. Den großen Stromkonzernen werden durch den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien rasant Marktanteile bei der Stromerzeugung entzogen. Die Konzerne wollen so lange wie möglich an ihren Großkraftwerken und den zentralen Strukturen festhalten. Deshalb befeuern sie den Widerstand gegen die Energiewende und gegen den weiteren dynamischen Ausbau der Erneuerbaren.





Kein Ausbremsen der erneuerbaren Energien

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht einen gesetzlich festgelegten Ausbaukorridor vor. Die Ziele des Anteils erneuerbarer Energien am Strom-Mix von 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 und 55 bis 60 Prozent in 2035 sind deutlich zu niedrig und bedeuten ein Ausbremsen der bisherigen Ausbaudynamik. Der BUND fordert ein Ziel von mindestens 45 Prozent bis 2020 ins EEG zu schreiben. Umgesetzt werden soll der Ausbaukorridor nach den Plänen von Sigmar Gabriel durch sog. „atmende Deckel“ für Wind-Onshore und Photovoltaik von je 2500 MW pro Jahr. Wie jeder Deckel wäre so eine Regelung Gift für die Investitionssicherheit und damit ein Problem für die Ausbaudynamik insgesamt, aber vor allem ein Problem für Bürgerprojekte ohne Risikokapital. Vernünftiger ist es, die Ausbauziele der Offshore-Windenergie der Realität anzupassen und den weiteren Ausbau der Biomasse überwiegend

auf Abfall- und Reststoffe zu begrenzen. Aber: Gerade wer diese richtigen Begrenzungen vornimmt, muss einen dynamischen Ausbau von Wind-Onshore und Photovoltaik ermöglichen. Mit der Windenergie an Land droht ausgerechnet die kostengünstigste erneuerbare Energie ausgebremst zu werden. Ziel einer Überarbeitung der Förderung muss ein dynamischer Windenergieausbau in ganz Deutschland sein und eben gerade keine Beschränkung auf die „guten“ Standorte. Damit droht der verbrauchsnahe Ausbau der Windenergie in Süddeutschland zum Erliegen zu kommen. Gefährlich ist auch die Ankündigung, schon im April länderspezifische Regeln über Mindestabstände zur Wohnbebauung zu ermöglichen. Es besteht dann die Gefahr, dass einzelne Länder (Bayern, Sachsen) dies zu einer Verhinderungsplanung nutzen.

Ausbau erneuerbarer Energien gerecht finanzieren

Nicht die Erneuerbaren treiben die Strompreise in die Höhe, sondern Industriesubventionen. Die Kosten für die Energiewende werden immer ungerechter verteilt – zulasten der privaten Haushalte. Dafür verantwortlich sind politische Entscheidungen der Bundesregierung: Die energieintensive Wirtschaft zahlt immer weniger, die VerbraucherInnen dafür umso mehr. Ob die Umlage für erneuerbare Energie oder Gebühren für Stromleitungen: In den letzten Jahren wurde die ungerechte Kostenbelastung noch einmal drastisch verschärft – aber der Preisanstieg den erneuerbaren Energien angelastet.

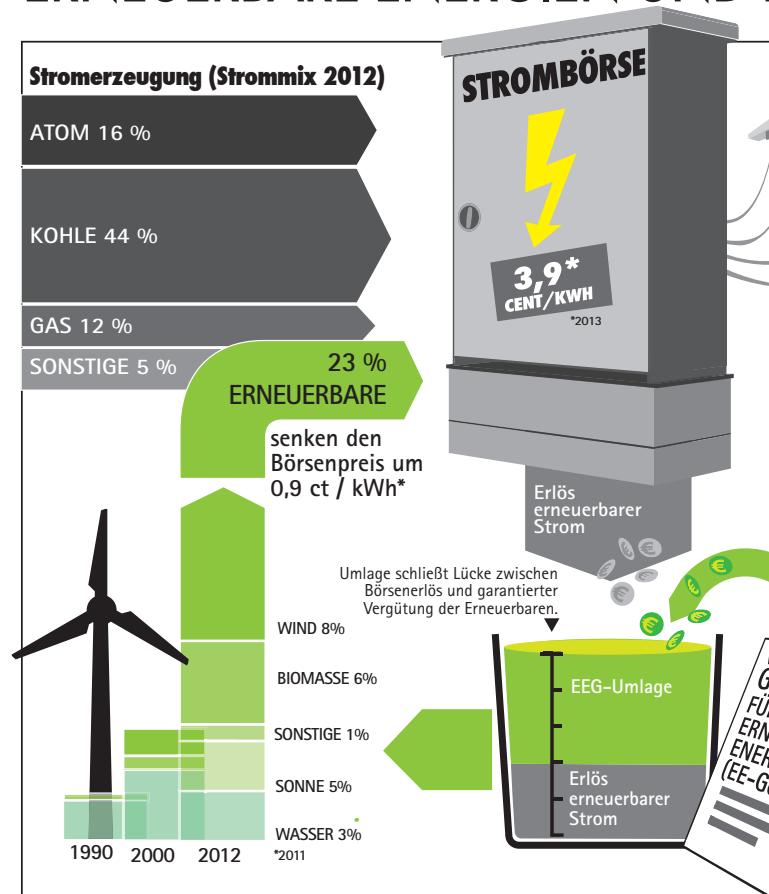
Ausnahmen für die Industrie belasten die Verbraucher

2003 waren nur 59 Unternehmen weitgehend von der Zahlung der EEG-Umlage befreit, für das Jahr 2014 sind 2098 Unternehmen von der Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien befreit. Dies führt dazu, dass Unternehmen, die besonders viel Strom verbrauchen, nur wenig für die Erneuerbaren zahlen und insgesamt mit 5.1 Mrd. Euro subventioniert werden. Alle anderen Verbraucher müssen deshalb gut 1 Cent/kWh mehr bezahlen. Auch Großbetriebe, die ihren Strom selbst erzeugen, sind von der Umlage befreit. Dieses Privileg nehmen ebenso immer mehr Betriebe in Anspruch, so dass die Entlastungssumme hier 2014 schon bei etwa 2,4 Mrd. Euro liegt. Die Mehrkosten für alle anderen: rund 0,7 Cent/kWh. Würden die Kosten gerecht verteilt, könnte die EEG-Umlage 2014 rund 2 Cent niedriger liegen.

Billige Strompreise werden nicht an die Verbraucher weitergegeben

Hinzu kommt, dass die erneuerbaren Energien den Preis an der Strombörse senken. Doch das geben viele Energieversorger nicht

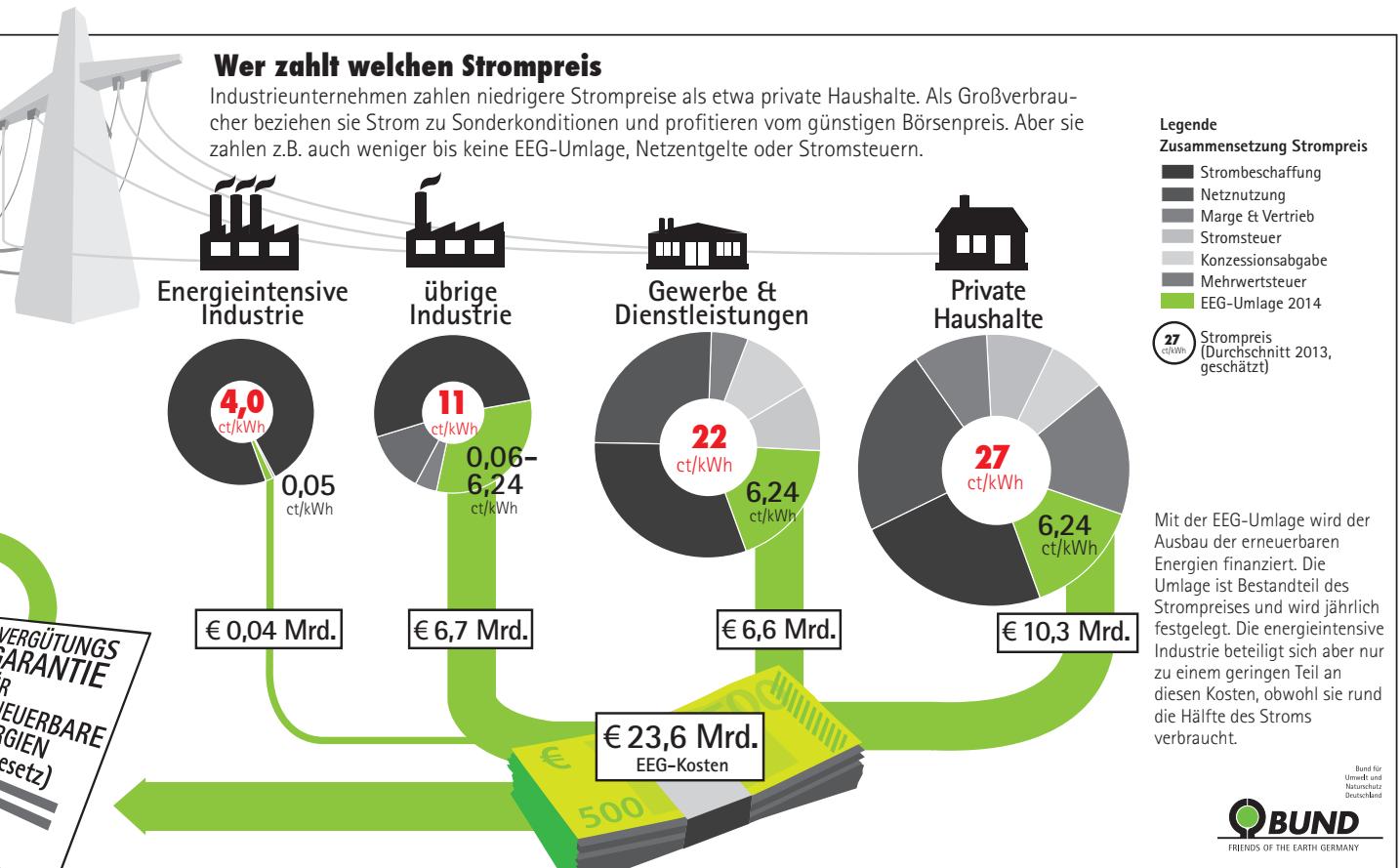
ERNEUERBARE ENERGIEN UND I



an die Privatkunden weiter. So steigen die Haushaltsstrompreise, obwohl Strom an der Börse immer billiger wird. Arme Haushalte sind besonders belastet. Sie bezahlen oft die höchsten Strompreise, weil sie den Anbieter nicht wechseln können. Auch hier blieb die Bundesregierung untätig. Der BUND fordert, dass Stromversorger gesetzlich verpflichtet werden, sinkende Beschaffungskosten weiterzugeben.

Die Kosten für die Energiewende müssen gerechter verteilt werden. Die Bundesregierung muss deshalb Ausnahmen von der EEG-Umlage auf diejenigen Unternehmen beschränken, die tatsächlich und nachweislich in einem harten internationalen Wettbewerb stehen.

DER STROMPREIS



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Grafik: ■ sichtigatation - Erik Tuckow, Quellen: AEE, BMU, FÖS, Öko-Institut.

Windkraft und Naturschutz

Der BUND hat eine ausgewogene Position zur Windenergie. Es geht dabei auch um die Frage: Wie ist der Ausbau der Windkraft mit dem Schutz der Natur in Einklang zu bringen? Die Antwort: Naturschutzgebiete und Nationalparks sollten grundsätzlich frei von Windrädern bleiben. Auch europäische Schutzgebiete („Natura 2000“) gehören ausklammert. In Naturparks, Landschaftsschutzgebieten und im Wald sollte die Nutzung der Windkraft möglich sein – gerade um andere Schutzgebiete freihalten zu können. Eine sorgfältige Planung ist dabei selbstverständlich.

Windenergie – das Arbeitspferd der Energiewende



Mehr Strom aus Windenergie zu erzeugen, das hat für eine zukunftsfähige Energieversorgung enorme Bedeutung. Der hohe Stellenwert der Windenergie ergibt sich erstens daraus, dass sie im ganzen Land verfügbar ist. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern weltweit. **Zwei Prozent der Landesfläche reichen aus, um bis zu 400 Mrd. kWh Strom pro Jahr zu erzeugen, dies entspricht etwa 60 Prozent des heutigen Stromverbrauchs.** Windkraft ist also besonders flächeneffizient. Die Bodenversiegelung durch Masten ist minimal, und nach 20 bis 30 Jahren können sie ohne bleibende Schäden und Strahlen- oder Giftmüllprobleme wieder abgebaut werden. Windenergie an Land ist mit etwa 8 bis 11 Cent/kWh zudem die preiswerteste Form von Strom aus erneuerbarer Energie. Die Anlagen holen die für ihre Herstellung

nötige Energie in drei bis sechs Monaten wieder herein. Ein weiterer Pluspunkt: Windräder zu errichten ist erschwinglich. Sie können kooperativ von Genossenschaften, Stadtwerken oder Eigentümergemeinschaften betrieben werden. Hinter einem Großteil der Windräder stehen Tausende von Eigentümern – und nicht die Großkonzerne. Letztere zogen noch vor wenigen Jahren gegen eine gesicherte Vergütung von Windstrom vor Gericht.

Solarenergie: Auf dem Dach und auch zum Heizen



Die Photovoltaik (Stromerzeugung durch Sonnenenergie) hat in den letzten Jahren einen Boom erlebt. 2012 war sie erstmals in Deutschland nach der Windenergie die zweitwichtigste Quelle erneuerbaren Stroms. Dies ist ein großer Erfolg. Da die Photovoltaik inzwischen auch kostengünstig ist, kann ihr Ausbau dynamisch weitergehen. Es gibt noch genügend freie Dachflächen, auch hierzulande.

Dagegen führt die Solarthermie eher ein Schattendasein. Dabei ist der Ertrag der Solarwärme besonders hoch. 40 bis 50 Prozent der eingestrahlt Energie werden durch Kollektoren in nutzbare Wärme umgewandelt. **Solarenergie zum Heizen, für die Warmwasseraufbereitung und die Industrie hat ein enormes**

Potenzial. Im Vergleich zum rasanten Ausbau der Stromerzeugung aus Solarenergie ist die Solarthermie sowohl politisch als auch in ihren technischen Potenzialen ungerechtfertigt ins Hintertreffen geraten. Der BUND tritt deswegen für eine deutlich stärkere Nutzung der Solarthermie ein.

Erforderlich ist ein wirksames, attraktives und auf mehrere Jahre angelegtes Förderprogramm für solarthermische Anlagen, insbesondere durch steuerliche Vorteile bei der Installation von Solarthermie im Zuge von Heizungserneuerungen.



Kraft-Wärme-Kopplung: flexibler, effizienter und künftig erneuerbar

Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor allem mit den zeitlich schwankenden Energiequellen Windkraft und Photovoltaik, erfordert ein System des Ausgleichs sowie Stromerzeugungsreserven. Während der Neubau von Pumpspeicherwerken meist mit erheblichen Eingriffen in die Natur verbunden ist, können Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) einen flexiblen Stromausgleich bieten. Damit sind sie wesentliche Bausteine regionaler Energiekonzepte, mit denen der Übertragungsbedarf und der Bau neuer Stromleitungen reduziert werden können. KWK ist zudem viel energieeffizienter als Kondensationskraftwerke und kann den Primärenergieverbrauch deutlich senken. Heute meist mit Erdgas betrieben, können KWK-Anlagen künftig mit Biogas und längerfristig mithilfe von

Methan versorgt werden, das mit erneuerbarem Strom erzeugt wird. Durch die Wärmenutzung der KWK bietet diese auch eine Verbindung zwischen „Stromwende“ und „Wärmewende“.



Kraft-Wärme-Kopplung kann viele Probleme gleichzeitig lösen

KWK mit Wärmespeichern kann mittelfristig einen flexiblen Ausgleich für Wind- und Solarstrom bieten und längerfristig mit einer Langzeitspeicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen verbunden werden. KWK ist die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme. Dies kann die Nutzung eines Motors und dessen Abwärme sein, oder auch die Stromerzeugung aus Dampfturbinen und die Nutzung der Kondensationswärme zu Heizzwecken in Fernwärmenetzen. **Der wesentliche Vorteil der KWK gegenüber der weit verbreiteten Stromerzeugung aus Kondensationskraftwerken ist, dass Abwärme genutzt wird, nicht nur zum Heizen, sondern auch für Prozesswärme und Kühlung.** Hier bietet die KWK weitere Vorteile für den Naturschutz, da Flüsse vor Aufheizung bewahrt bleiben. Etwa ein

Drittel des gesamten heutigen Primärenergiebedarfs wird bei der Stromerzeugung in Großkraftwerken als Abwärme verschwendet und kann durch komplette Umstellung von Abwärmekraftwerken (Kohle, Atom) auf KWK eingespart werden.



Überzogene Stromnetz-Ausbauplanung ist Gift für die

Ein Ausbau des Stromnetzes ist erforderlich, um Strom aus erneuerbaren Energien zu den Zentren des hohen Verbrauchs transportieren zu können. Dies macht das Stromsystem flexibler und reduziert den Bedarf an neuen fossilen Kraftwerken. Allerdings ist der Ausbau der Netze nur sinnvoll, wenn er der Energiewende und dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren dient.

In der Vergangenheit war es eine bloße Behauptung, dass neue Stromnetze dem Ausbau der erneuerbaren Energien dienen. 2011 wurde das Verfahren der Stromnetzplanung neu geregelt. Mehr Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit waren die erklärten Ziele. Dies wurde leider nur teilweise eingelöst. **Der im Bundesbedarfsplan festgelegte Netzausbaubedarf geht aus**

Sicht des BUND weit über den Bedarf der Energiewende hinaus. Die Planungen sind viel zu sehr auf einen starken Ausbau von Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee ausgelegt, der mittlerweile auch nicht mehr den Zielen der Bundesregierung entspricht. Die Reduktion des Stromverbrauchs und ein verstärkter Ausbau der Windenergie an Land, gerade in Süddeutschland, wird nicht ausreichend berücksichtigt. Gleichzeitig dient der vorgeschlagene Netzausbau eben nicht nur wie behauptet dem Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch dem europäischen Stromhandel und der höheren Auslastung klimaschädlicher Kohlekraftwerke. Viele Flexibilisierungsmöglichkeiten, die den Ausbaubedarf reduzieren könnten, bleiben hingegen unberücksichtigt.



Akzeptanz der Energiewende

Deshalb fordert der BUND unbedingt Alternativen zu prüfen, die den Stromnetzausbaubedarf verändern oder reduzieren können.

Der Ausbau von Speichern wird in Zukunft wichtig sein, um Stromüberschüsse in großem Umfang für jene Zeiten zu speichern, in denen wenig erneuerbarer Strom produziert wird. Das kann zum Beispiel über neue Technologien wie „power to gas“ erfolgen. Dabei wird überschüssiger Strom in Wasserstoff oder Methan umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert.

Der Beitrag neuer Pumpspeicherwerke zum Ausgleich von Wind- und Solarstrom bleibt gering. Die gegenwärtige Kapazität der Pumpspeicherwerke liegt bei etwa 7 GW und einer Speichermenge

von 40 GWh. Mit Stand 2012 sind elf neue Pumpspeicherwerke geplant mit einer Gesamtleistung von 6 GW (60 GWh). Pumpspeicherwerke bedingen großflächige Eingriffe in die Landschaft, Natur und Grundwasser.



Energiewende von unten – macht mit!

Die Herausforderungen der Energiewende und die Gefahren des Klimawandels sind groß. Doch die Mühlen in Berlin, in Brüssel oder New York mahlen langsam. Nicht selten stehen sie still. Wir können also die Energiewende nicht „denen da oben“ – rückwärtsgewandten Interessengruppen und politischen Bremsern – überlassen und die Hände in den Schoß legen. Packen wir es selbst an. Zu Hause, in der Kommune, am Arbeitsplatz; allein oder besser noch zusammen mit Freunden oder Umweltgruppen und Bürgerinitiativen.

BUND-Aktive und -Gruppen engagieren sich seit Langem für die Energiewende und den Schutz des Klimas. Oft waren sie Vorreiter und Wegbereiter für Entwicklungen, die inzwischen selbstver-

ständig sind. Sie initiieren und betreiben Windkraftanlagen oder Bürgersolarparks. Sie bieten Beratung zum Energiesparen und zur wärmeeffizienten Gebäudesanierung und setzen dies zusammen mit AnwohnerInnen, kommunalen Einrichtungen, Kirchen und lokalen Unternehmen um. Für viele BUND-Gruppen war der Widerstand gegen Atomkraft und gegen Kohlekraftwerke eine Initialzündung und ist bis heute zentraler Bestandteil ihres Engagements.

Stellvertretend für viele BUND-Projekte in ganz Deutschland stellen wir zwei vor:

Bürgersolaranlagen in Bremen

Seit 2002 betreibt der BUND Bremen Solar- und Bürgersolaranlagen, mittlerweile sind es acht Stück. Eine der Anlagen wurde auf dem Dach der evangelischen Friedensgemeinde installiert und mit der Gemeinde realisiert. Sie erzeugt im Mittel etwa 22.000 Kilowattstunden jährlich. Das Interesse der Bürger war überwältigend groß, so dass über 60 Prozent der Investitionskosten Privatpersonen einbrachten. Eine weitere Bürgersolaranlage betreibt der BUND auf einer Maschinenhalle des Bremischen Deichverbands. Auch an ihr konnten sich Bürger schon mit kleinen Beträgen beteiligen. Insgesamt unterstützten 85 Bremer die Installation der Solaranlage. Mit der Anlagengröße von 240 m² und einer installierten Leistung von 30,6 Kilowatt werden jährlich über 27.000 kWh Strom erzeugt.

Berliner Energiecheck

Der „Berliner Energiecheck“ berät seit 2008 Haushalte von Menschen mit geringem Einkommen. Die soziale Energie-Sparberatung des BUND Berlin legt dabei besonderen Wert auf Maßnahmen, die wenig kosten und viel bringen. Vor allem geht es um intensive Beratungsgespräche, die über vorhandene Haushaltstechnik, klimafreundliche Haushaltsführung und nachhaltige Produkte geführt werden. Die Ersparnis „in Euro“ steht dabei naturgemäß im Vordergrund, es werden aber in detaillierten Analyseschritten auch kWh und CO₂-Emissionen berechnet – und zwar für Strom-, Wasser- und Heizenergieverbrauch. Die erzielten Einsparungen, die sich ausschließlich bei der „Haushaltsenergie“ ergeben, bewegen sich zwischen 70 und 1500 Euro im Jahr.

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth Germany
Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
Fon (0 30) 27 58 64-0 · Fax -40
E-Mail: info@bund.net · www.bund.net

Konzept und Text:
Thorben Becker, Stefan Euen

Redaktion:
Dr. Norbert Franck (ViSdP)

Bildnachweise:

- 1: BUND, Jörg Farys
- 2: fotolia.com
- 3: BUND, Jacob Huber
- 4: BUND
- 5: Erik Tuckow, sichtagitation.de
- 6: BUND
- 7: Ingo Bartussek/fotolia.com
- 8: BUND, Jörg Farys
- 9: BUND, Jörg Farys
- 12: Paul Langrock
- 13: Elenathewise/fotolia.com
- 14/15: mainova.de
- 16/17: Activa/fotolia.com
- 18: BUND, Jörg Farys
- 20: BUND, Jörg Farys

Gestaltung: Natur & Umwelt GmbH
Druck: Z. B.! Kunstdruck

Ja, ich engagiere mich mit dem BUND für eine nachhaltige Energiewende und werde jetzt BUNDmitglied:

- Einzelmitglied (ab 50 €)
- Familie (ab 65 €)
- ermäßigt (nach Selbsteinschätzung) (ab 16 €)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1500 €)
- Senden Sie mir gern den kostenlosen BUND-Newsletter
»Anti-Atom und Klimaschutz« per E-Mail.

Name/Vorname

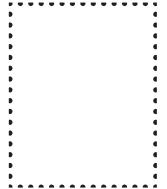
Straße

PLZ/Ort

Telefon *E-Mail*

Datum und Unterschrift *Geburtsdatum*

Ihre persönlichen Daten werden aussch. für Vereinszwecke elektr. erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt.



Antwort

**Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.**
Mitgliederservice
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

ABATeamKlima

Energiewende
nicht ausbremsen

Warmlaufen für P



Energiewende. Wir bringen sie voran.
Jetzt Mitglied werden.
www.bund.net/mitgliedwerden